



# Forschung • Entwicklung • Transfer

Nürnberger Hochschulschriften  
Nr. 3

**Uwe Kranenpohl**

Die neue Grundordnung der Evangelischen Hochschule  
Nürnberg

2016

Prof. Dr. phil. Dr. habil. Uwe Kranenpohl

Die neue Grundordnung der Evangelischen Hochschule Nürnberg

Nürnberg, 2016

Mit dem Start des Studienjahrs 2014/15 erhält die Evangelische Hochschule Nürnberg (EVHN) mit Inkrafttreten der am 10. Juli 2013 verabschiedeten Grundordnung (GrO) eine neue Verfassung, die einige Eigentümlichkeiten aufweist. Dies ist Anlass für die folgenden Betrachtungen<sup>1</sup>, die selbstverständlich keine umfassende Kommentierung aller Bestimmungen der Grundordnung sind,<sup>2</sup> sondern nur einige zentrale Aspekte herausgreifen: Einleitend werden zunächst die Funktionen einer Grundordnung skizziert, die damit auch den Rahmen der Regelungsmaterie vorgeben (1.). Daran anschließend wird geprüft, welche „Herrschaftsordnung“ durch die neue Grundordnung kreiert wird (2.). Es folgt eine kurze Skizze der Kompetenzen der Organe und ihres Zusammenwirkens (3.) sowie der neuen Organisationsstruktur der EVHN (4.). Abschließend wird das Zusammenwirken der Organe und Organisationseinheiten am Beispiel des besonders sensiblen Bereichs der Berufungen betrachtet (5.).

## 1. Funktionen der Hochschulgrundordnung

Gemäß Art. 13 Abs. 1 Bayerisches Hochschulgesetz (BayHSchG) und § 5 Abs. 1 Kirchliches Fachhochschulgesetz (KFHSchG) der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern (ELKB) gibt sich die Hochschule im Rahmen ihres Satzungsrechts eine Grundordnung (GrO), die ihre Binnenorganisation regelt. Dabei ist die Hochschule selbstverständlich an die gesetzlichen Vorgaben gebunden (die aber etwa im BayHSchG zahlreiche Möglichkeiten der Abweichung von den Standardregelungen vorsehen). Zusätzlich sind die Grundordnung selbst und Änderungen an dieser vom Landeskirchenrat mit Zustimmung des Landessynodalausschusses zu genehmigen (§ 5 KFHSchG).

Im Zusammenspiel mit den gesetzlichen Regelungen soll die Grundordnung die ordnungsgemäße Erfüllung der Hochschulaufgaben sicherstellen. Dies sind gemäß § 2 Abs. 1 S. 1 BayHSchG Forschung, Lehre, Studium und Weiterbildung. Ergänzend bestimmt § 2 Abs. 1 S. 1 KFHSchG, dass die EVHN „ihre Aufgaben im Rahmen des Bildungsauftrags der Kirche und zugleich als Beitrag zum allgemeinen Bildungswesen“ wahrnimmt. Damit ergibt sich eine dreifache Funktion der Grundordnung:

- Durch § 7 Abs. 1 KFHSchG ist der EVHN trotz ihres Status als nicht rechtsfähige Einrichtung der ELKB das Recht zur Selbstverwaltung eingeräumt. Zur Ausübung dieses Rechts gibt sich die EVHN mit der Grundordnung ein Regelungswerk, das als

---

<sup>1</sup> Der Text entstand anlässlich der Verabschiedung von Präsident Prof. Dr. Jochen Puch im Oktober 2014 und spiegelt den zu diesem Zeitpunkt aktuellen Stand sowie damalige Einschätzungen wider.

<sup>2</sup> Zumal der Verfasser als Politikwissenschaftler nur dilettieren könnte, verließ er die sozialwissenschaftliche Globalperspektive und begäbe er sich in die Feinheiten des juristischen Gewerbes.

„Verfassung“ der EVHN fungiert und für alle wesentlichen Elemente des Hochschullebens Regelungen vorzusehen hat (sofern nicht eine anderweitige rechtliche Regelung besteht).

- Das Studium bereitet auf eine berufliche Tätigkeit vor (Art. 2 Abs. 1 S. 2 BayHSchG), weshalb es mit einer Prüfung abschließt (Art. 61 Abs. 1 S. 1 BayHSchG), mittels der die Hochschule den Studienerfolg zertifiziert. Zugleich ist diese Zertifizierung (und insbesondere auch die versagte Zertifizierung) mit beträchtlichen Rechtsfolgen für den Studierenden<sup>3</sup> verbunden. Im Rahmen des Prüfungsrechts nimmt die Hochschule damit quasi-hoheitliche Aufgaben wahr. Im Ergebnis ist damit die Hochschule in der Ausgestaltung ihrer Struktur nicht völlig frei, sondern muss einen „ordnungsgemäßen“ Verwaltungsvollzug sicherstellen.
- Das Recht zur Selbstverwaltung impliziert allerdings, dass eine Hochschule nicht wie eine Behörde durchwegs hierarchisch organisiert ist. Daher stellt die Grundordnung auch ein Instrument zur Gestaltung der Organisationsstruktur dar. Diese muss dabei mitunter widerstreitende Zielsetzungen in Ausgleich bringen: einerseits das Gebot einer administrativen Steuerung, die insbesondere auf Effizienz und Effektivität ausgerichtet ist; andererseits jenes einer umfassenden Beteiligung der Stakeholder am Steuerungsprozess.

## 2. „Demokratie“ in der EVHN?

„Demokratie“ hat als Begriff Karriere gemacht. Man mag es schon daran erkennen, dass sich – bis auf eine Handvoll orientalischer Fürstentümer – fast alle Staaten der Erde als „demokratisch“ bezeichnen. Und auch darüber hinaus hat „Demokratie“ nicht erst seit Willy Brandts Aufforderung, „mehr Demokratie wagen“ zu wollen,<sup>4</sup> Karriere gemacht.<sup>5</sup> Und auch Art. 2 Abs. 1 S. 1 BayHSchG weist den Hochschulen die Wahrnehmung ihrer Aufgaben „in einem freiheitlichen, demokratischen und sozialen Rechtsstaat“ zu. Trotzdem sollte man wohl in der Hochschule nicht von „Demokratie“ sprechen.

---

<sup>3</sup> Im Sinne der Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Verwendung weiblicher wie männlicher Bezeichnungen verzichtet.

<sup>4</sup> Deutscher Bundestag: Stenographischer Bericht, VI/20C (28.10.1969).

<sup>5</sup> Diese Diskussion hat selbst vor der katholischen Kirche nicht halt gemacht. Vgl. Ratzinger, Joseph / Maier, Hans: Demokratie in der Kirche. Möglichkeiten und Grenzen, erw. Neuauflage, Kevelaer etc. 2000 (erstmalig 1970).

Denn das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Hochschulurteil von 1973<sup>6</sup> festgestellt, dass die grundrechtlich verbürgte Freiheit von Forschung und Lehre (Art. 5 Abs. 3 S. 1 GG) gebietet, in der Ausgestaltung der Hochschulselbstverwaltung, „der herausgehobenen Stellung der Hochschullehrer Rechnung [zu] tragen“<sup>7</sup>. Die unterschiedlichen Gruppen der Hochschulangehörigen sind daher „nicht paritätisch oder schematisch nach der Größe ihrer Mitgliederzahl“ zu beteiligen, sondern dass „ihre Mitwirkung im Blick auf die Unterschiede in Qualifikation, Funktion, Verantwortung, Dauer der Zugehörigkeit zur Universität und Betroffenheit“ abzustufen ist.<sup>8</sup> In den Gremien der Hochschule ist daher „der Gruppe der Hochschullehrer der ihrer besonderen Stellung entsprechende maßgebende Einfluss“ einzuräumen.<sup>9</sup> Diesen Anforderungen folgt auch die neue Grundordnung, wenn die Professoren im Senat sieben Sitze besetzen, die restlichen Hochschulgruppen (hauptberufliche Lehrkräfte für besondere Aufgaben und wissenschaftliche Mitarbeiter; sonstige hauptberufliche Mitarbeiter; Studierende) aber lediglich je zwei.

Diese Organisationsstruktur erlaubt zwar die Partizipation aller Stakeholder, doch sollte man – schon um den Demokratiebegriff nicht zu verwässern – nicht von „Demokratie“<sup>10</sup> sprechen. Denn selbst sehr „schlanke“ Definitionen wie etwa von Robert A. Dahl sehen als Kriterium zumindest gleiches Wahlrecht und gleiches Stimmgewicht aller mündigen Personen vor.<sup>11</sup> Eben dieses Prinzip des „one man, one vote“ ist in der Hochschulverfassung nicht gegeben. Nähme man zur Rettung dieses Prinzips eine Unmündigkeit aller Hochschulmitglieder mit Ausnahme der Professoren an, entspräche dieses Menschenbild weder dem Modell einer Hochschule im freiheitlichen, demokratischen und sozialen Rechtsstaat nach BayHSchG noch dem Selbstverständnis einer kirchlichen Hochschule.<sup>12</sup>

Anders als es der in der Hochschulreform der 1960er und 1970er Jahre geprägte Begriff der „Gruppenuniversität“ suggeriert, entspricht die Hochschulverfassung aber auch nicht einem vorrevolutionären landständischen System,<sup>13</sup> denn in diesem wurde üblicherweise „nach Ständen“ abgestimmt, müsste also die Mehrheit der einzelnen „Bänke“ für einen Beschluss

---

<sup>6</sup> BVerfGE 35, 79.

<sup>7</sup> BVerfGE 35, 79 (79) (Leitsatz 6)

<sup>8</sup> BVerfGE 35, 79 (137).

<sup>9</sup> BVerfGE 35, 79 (80) (Leitsatz 8b).

<sup>10</sup> Vgl. für einen illustrativen Überblick über Begriffs- und Theoriegeschichte sowie Demokratieforschung: Schmidt, Manfred G.: Demokratietheorien. Eine Einführung, 4. Aufl., Wiesbaden 2008.

<sup>11</sup> Vgl. Dahl, Robert A.: On Democracy, New Haven etc. 1998, S. 38f.

<sup>12</sup> Zudem müsste die Annahme einer „Unmündigkeit“ konsequenterweise in einem Ausschluss der entsprechenden Gruppen von der Hochschulselbstverwaltung resultieren.

<sup>13</sup> Vgl. Blicke, Peter: Stand, in: Staatslexikon, hg. v. d. Görresgesellschaft, Bd. 5, 7. Aufl., Freiburg etc. 1989, Sp. 255-258.

zustimmen. Sofern man in einem korporativen System eine Abstimmung „nach Köpfen“ praktizieren will, verlangte es Parität (also gleiche Stimmenzahl) der Hochschulgruppen. Angesichts des – vom Bundesverfassungsgericht geforderten – Übergewichts der Professoren ist dies aber nicht gegeben.

In systemtheoretischer Perspektive ist wohl festzuhalten, dass ein Subsystem Hochschule auch in einem demokratischen Staatswesen einer anderen Logik als jener des Subsystems Politik folgt und die Organisationsstrukturen einer Hochschule daher mit den politischen nicht identisch sein können.<sup>14</sup> Somit dominiert auch in der neuen Grundordnung die Leitidee der Humboldtschen „Professorenrepublik“. Allerdings sollen auch die weiteren Stakeholder zu ihrem Recht kommen, so dass es bedeutungsvolle partizipative Einsprengsel zugunsten der anderen Hochschulgruppen gibt.

### 3. Die Organe der EVHN

Den Kern der Organisationsstruktur der EVHN bilden ihre vier Organe: Präsidium, Senat, Kuratorium und Versammlung (§ 7 KFHSchG; § 12 GrO). Ergänzt wird die Organisationsstruktur durch eine Reihe weiterer Institutionen, die in der Grundordnung vorgesehen sind, insbesondere die Studiengangskonferenzen (§ 19 GrO), die Fachgruppen (§ 20 GrO) und die Studienkommission (§ 24 GrO). Dazu treten noch Ämter und Gremien, deren Einrichtung aufgrund anderer Regelungen erforderlich sind, wie etwa die Studiendekane (Art. 30 BayHSchG) oder Prüfungsausschuss bzw. Prüfungskommissionen (§ 3 APO<sup>15</sup> i.V.m. Art. 61 Abs. 3 S. 1 Nr. 2 BayHSchG).

Eine Gliederung der EVHN in Fakultäten sieht die Grundordnung nicht mehr vor. Für den Hochschulalltag stellt diese Umstellung eine wohl einschneidende Veränderung dar, waren doch bislang die wesentlichen Prozesse der Kernfunktionen Lehre und Studium bei den Fakultäten angesiedelt. So war die Frage einer Auflösung der Fakultätsstruktur auch ein wesentlicher Aspekt der hochschulinternen Reformdiskussion, sie soll an dieser Stelle aber nicht weiter vertieft, sondern insbesondere das in der Grundordnung vorgesehene Zusammenspiel der vier Organe analysiert werden.

---

<sup>14</sup> Vgl. Parsons, Talcott: Grundzüge des Sozialsystems, in: ders.: Zur Theorie sozialer Systeme, hg. u. eingeleitet v. Stefan Jensen, Opladen 1976, S. 161–274.

<sup>15</sup> Allgemeine Prüfungsordnung für Bachelor- und Masterstudiengängen an der EVHN.

### 3.1 Das Präsidium

Die Leitung der Hochschule obliegt dem Präsidium (§ 13 GrO), das von der Präsidentin, den Vizepräsidenten und dem Kanzler gebildet wird. Das Präsidium führt die laufenden Geschäfte, hat aber auch die Aufgabe konzeptionelle Überlegungen zur Weiterentwicklung der Hochschule anzustellen.

Dabei ist das Präsidium deutlich als Kollektivorgan mit der Präsidentin als *prima inter pares* konzipiert. Die gemeinsame Leitungsfunktion des Präsidiums wird auch durch die von ihm vorgenommene Geschäftsverteilung nach § 13 Abs. 7 GrO unterstrichen. Die spezifischen Befugnisse der Präsidentin (§ 14 GrO) umfassen vor allem Aufsichtsaufgaben und die Vertretung der Hochschule nach außen. Der Kanzler (§ 15 GrO) ist nunmehr formal Mitglied der Hochschulleitung, womit seine faktischen Bedeutung als Verwaltungsleiter der Hochschule formal nachvollzogen wird.

Gewählt werden Präsidentin und Vizepräsidenten vom Kuratorium auf Vorschlag der Versammlung (§ 13 Abs. 2 i.V.m. § 18 Abs. 3 GrO). Die Wahl durch das Kuratorium entspricht den entsprechenden Regelungen für die Hochschulräte der staatlichen Hochschulen (Art. 21 Abs. 1 BayHSchG), weist aber auf den ersten Blick eine deutliche Änderung zur Situation vor der Reform auf, denn zuvor erfolgte die Wahl durch die Versammlung. Im Ergebnis ändert sich am Verfahren der EVHN allerdings wenig, denn die Vorgängerregelung erlaubte dem Kuratorium, Beschlüsse der Hochschulorgane – also auch Wahlen – aufzuheben.

Der Kanzler wird auf Vorschlag des Kuratoriums vom Landeskirchenrat bestellt (§ 13 Abs. 3 GrO). Das Verfahren ist damit der Regelung für die staatlichen Hochschulen nachgebildet (Art. 23 Abs. 1 BayHSchG), trägt aber den Besonderheiten der EVHN als nicht rechtsfähiger Einrichtung der ELKB Rechnung.

### 3.2 Der Senat

In der neuen Organisationsstruktur der EVHN hat der Senat eine herausgehobene Stellung erhalten, denn er ist nach der Aufhebung der Fakultäten – und damit auch der Fakultätsräte – jenes Organ, das die (internen) Stakeholder der Hochschule repräsentiert. Seine Aufgaben umfassen insbesondere:

- die Einsetzung und Wahl zahlreicher Hochschulfunktionen (Hochschulmitglieder des Kuratoriums, Studiendekane, Studiengangsleitungen, Fachgruppen sowie Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte);
- den Beschluss der erforderlichen Satzungen der Hochschule;

- den Beschluss über den Haushaltsentwurf und die Haushaltsplanung sowie
- Stellungnahmen zu konzeptionellen Überlegungen der Hochschulleitung wie auch zu den Vorschlägen der Berufungsausschüsse.

Damit ist der Senat einerseits als ein Widerpart des Präsidiums konzipiert, der die Positionen der (hochschulinternen) Stakeholder gegenüber der insgesamt gestärkten Hochschulleitung zum Ausdruck bringen soll. Dies wird auch dadurch unterstrichen, dass die Mitglieder des Präsidiums kein Stimmrecht im Senat haben (§ 16 Abs. 2 GrO) und der Senat einen eigenen Vorsitzenden wählt (§ 16 Abs. 4 GrO), der damit gleichsam eine Sprecherfunktion gegenüber dem Präsidium erhält.

Andererseits sieht die Organisationsstruktur aber keine deutliche „Gewaltentrennung“ zwischen Hochschulleitung und Senat im Sinne von „Exekutive“ und „Legislative“ wie etwa in einem präsidentiellen Regierungssystem vor,<sup>16</sup> sondern setzt mit dem Zusammenspiel von „Entwürfen“ des Präsidiums sowie „Stellungnahmen“ und „Beschlüssen“ des Senats eindeutig auf ein Kooperationsverhältnis zwischen den Organen. Dies verdeutlichen auch die parallele vierjährige Amtszeit von (Vize-)Präsidenten und Senat (§ 16 Abs. 3 S. 1 GrO)<sup>17</sup> und die beratende Mitwirkung des Präsidiums an den Senatssitzungen (§ 16 Abs. 2 GrO). Zudem wird der Senat deutlich auf dreizehn stimmberechtigte Mitglieder verkleinert und damit eindeutig zu einem „arbeitenden Gremium“ (§ 16 Abs. 1 GrO). Insgesamt haben Präsidium und Senat damit eine gemeinsam wahrzunehmende Steuerungsfunktion – freilich mit deutlich unterschiedlichen Akzenten.<sup>18</sup>

### 3.3 Das Kuratorium

Eine deutliche Umgestaltung hat auch das Kuratorium erfahren. Besonders augenfällig ist, dass es nun in § 17 GrO verankert ist und damit nicht mehr als Aufsichtsorgan der Trägerin, sondern als Organ der Hochschule konzipiert ist. Auch das Kuratorium hat eine deutliche Verkleinerung erfahren und hat nunmehr zwölf stimmberechtigte Mitglieder; noch augenfälliger ist aber die deutlich veränderte Zusammensetzung, da nun die Hälfte der Mitglieder von Hochschuleseite entsandt werden (§ 17 Abs. 2 GrO), die weiteren Mitglieder beruft der Landeskirchenrat (§ 17

---

<sup>16</sup> Vgl. Steffani, Winfried: Strukturtypen präsidentieller und parlamentarischer Regierungssysteme, in: ders., Parlamentarische und präsidentielle Demokratie. Strukturelle Aspekte westlicher Demokratien, Opladen 1979, S. 37–60.

<sup>17</sup> Lediglich die Vertreter der Studierenden haben nur eine einjährige Amtszeit (§ 16 Abs. 3 S. 2 GrO).

<sup>18</sup> Ein kooperatives Zusammenwirken von Präsidium und Senatsvorsitzendem ist ohnehin schon deshalb geboten, weil letzterer für die Führung der Geschäfte des Senats auf das Hochschulsekretariat als administrativem Unterbau des Präsidiums zurückgreifen muss.



Abs. 3 GrO). Damit ist das Kuratorium den Hochschulräten der staatlichen Hochschulen nachgebildet (Art. 26 BayHSchG) und dient der Repräsentation der – hochschulinternen wie –externen – Stakeholder. Gleichwohl hat die Grundordnung die Konzeption der Hochschulräte nicht einfach übernommen:

- Dem besonderen Charakter der EVHN als kirchlicher Hochschule ist geschuldet, dass die externen Mitglieder des Hochschulrates nicht vom Senat, sondern von der ELKB bestimmt werden.
- Anders als bei den staatlichen Hochschulen sind die Mitglieder des Senats nicht zugleich Mitglieder des Hochschulrates. Dies ist einerseits der Tatsache geschuldet, dass die Grundordnung einen etwas größeren Senat als bei den staatlichen Hochschulen vorsieht (dreizehn statt zehn stimmberechtigte Mitglieder); eine entsprechende Aufblähung des Kuratoriums auf 26 Personen wäre aber nicht zweckmäßig gewesen. So erscheint das Kuratorium der EVHN mit zwölf stimmberechtigten Mitgliedern im Ergebnis sogar wesentlich übersichtlicher als die zwanzigköpfigen Hochschulräte.
- Dass gegenüber den staatlichen Hochschulen die „Doppelmitgliedschaft“ in Senat und Hochschulrat wegfällt, verhindert zudem eine starke Hierarchisierung innerhalb der EVHN. Allerdings sieht die Grundordnung auch kein Inkompatibilitätsgebot vor, so dass Mitglieder des Senats selbstverständlich auch ins Kuratorium gewählt werden können.

Im Sinne des kooperativen Zusammenwirkens der Gremien erscheint eine gewisse personelle Überlappung zwischen Senat und Hochschulrat sogar erstrebenswert, da dem Kuratorium nicht nur die Wahl von Präsidentin und Vizepräsidenten auf Vorschlag der Versammlung (und der Vorschlag des Kanzlers an die Trägerin) vorbehalten sind. Es fasst nämlich auch Grundsatzbeschlüsse zu wesentlichen Hochschulfragen, die zuvor von Präsidium und Senat konzipiert, vorbereitet und beraten wurden (§ 17 Abs. 7 GrO). Im Gegenzug bedürfen Programmentscheidungen des Kuratoriums, wie etwa über die an der EVHN angebotenen Studiengänge (§ 17 Abs. 7 Nr. 6 GrO), einer Umsetzung durch den Senat, der die entsprechenden Satzungen verabschieden muss.<sup>19</sup>

Ausweislich seiner Kompetenzen soll das Kuratorium die Entwicklung der EVHN aktiv mitgestalten und sich nicht etwa in eine quasi-judikative Kontrollfunktion zurückziehen. Eher gleicht das Kuratorium dem Aufsichtsrat einer Aktiengesellschaft oder Genossenschaft, die das

---

<sup>19</sup> Daher ist zu prüfen, ob mit § 17 Abs. 5 S. 2 GrO die Satzung des Kuratoriums nicht ohnehin die beratende Teilnahme des Senatsvorsitzenden an den Kuratoriumssitzungen vorsehen sollte.

Tagesgeschäft zwar anderen (dort dem Vorstand) überlässt, aber an wesentlichen Strukturentscheidungen nicht nur mitwirkt, sondern diese verantwortet.

### 3.4 Die Versammlung

Die Versammlung ist jenes Organ der EVHN, in der das Leitbild der „Professorenrepublik“ am deutlichsten hervortritt, da alle hauptberuflich in der Lehre Tätigen (also Professoren und Lehrkräfte für besondere Aufgaben) ex officio Mitglieder dieses Organs sind. Zusätzlich sind Vertreter der Wissenschaftlichen Mitarbeiter (2), der Studierenden (11) und der sonstigen hauptberuflichen Mitarbeiter (5) vertreten (§ 18 Abs. 1 GrO).

Aufgabe der Versammlung ist es, dem Kuratorium Vorschläge für die Kandidaten zur Wahl der (Vize-)Präsidenten zu machen (§ 18 Abs. 3 S. 1 GrO). Wie bereits ausgeführt, hat sich damit trotz einer Änderung des Normtextes gegenüber der Vorgängerregelung im Ergebnis keine Veränderung ergeben, da das Kuratorium bislang eine Wahl für ungültig erklären konnte. Folglich ist das Vorschlagsrecht der Versammlung nach § 18 Abs. 3 GrO so auszulegen, dass diese für jeden zu besetzenden Posten genau einen Vorschlag macht, dem das Kuratorium dann durch Wahl zustimmt oder ihn ablehnt. Im Falle einer Ablehnung fällt dann das Vorschlagsrecht an die Versammlung zurück, die neu beschließt.

## 4. Die Organisationsstruktur der EVHN

Aktuell bietet die EVHN vierzehn Studiengänge an. Da die neue Grundordnung keine Binnengliederung in Fakultäten mehr vorsieht, bestand die Notwendigkeit, eine neue Organisationsstruktur zur Bewältigung der vielfältigen administrativen Aufgaben und zur Abstimmung von Schnittstellenproblemen zu entwickeln. Die neue Grundordnung sieht dafür eine Struktur vor, die Züge einer Matrixorganisation<sup>20</sup> hat:

- Studiengangsleitungen und -konferenzen (§ 19 GrO) sowie die Studienkommission (§ 24 GrO) strukturieren gemeinsam mit dem beim Präsidium angesiedelten Aufgabenbereich Lehre (§ 23 GrO) den Kernprozessen Lehre und Studium.
- Die Fachgruppen (§ 20 GrO) widmen sich Forschung und fachlichen Aspekten der Lehre.
- Für vielfältige Querschnittsaufgaben kann der Senat schließlich Senatsausschüsse (§ 20 Abs. 6 GrO) einsetzen.

---

<sup>20</sup> Vgl. Thommen, Jean-Paul / Richter, Ansgar: Matrix-Organisation, in: Schreyögg, Georg / Werder, Axel v. (Hg.): Handwörterbuch Unternehmensführung und Organisation, 4. Aufl., Stuttgart 2004, Sp. 828-836.

Lehre und Studium sind Kernprozesse. Deren Bedeutung wird in der EVHN durch die zentrale Verantwortlichkeit des Aufgabenbereichs Lehre im Präsidium unterstrichen. Obliegenheit des Aufgabenbereichs ist vor allem die Sicherstellung und Entwicklung der Lehre (§ 23 Abs. 2 GrO). Zugleich setzt die EVHN aber – soweit dies möglich ist – auf das Subsidiaritätsprinzip,<sup>21</sup> denn primäre Verantwortung für die Organisation von Lehre und Studium haben zunächst die Studiengangsleitungen, die aufgrund ihrer Beschäftigung mit konkreten Fragen mögliche Probleme am besten einschätzen können. Der Koordination innerhalb des Studiengangs dienen die Studiengangskonferenzen, an denen die im Studiengang verantwortlichen und Studierendenvertreter beteiligt sind (§ 19 Abs. 3 GrO).

Die Koordination studiengangsübergreifender Fragen ist Aufgabe der Studienkommission. Ihr gehören neben allen Studiengangsleitern auch die Studiendekane und das für den Aufgabenbereich Lehre verantwortliche Präsidiumsmitglied an. Die Studienkommission ist zwar kein beschließendes Organ, doch ist abzusehen, dass sie im Rahmen ihrer Koordinationsfunktion weitreichende Vorentscheidungen über Organisationsfragen des Studiums treffen wird. Daher erscheint es problematisch, dass die Beteiligung der Studierenden als wesentlichen Stakeholdern hier (anders als in den Studiengangskonferenzen oder im Senat) eine Lücke aufweist.<sup>22</sup>

Jeder hauptamtlich in der Lehre Tätige ist Mitglied mindestens einer Fachgruppe (§ 20 Abs. 5 GrO). Die Fachgruppen fassen dabei Disziplinen, die eine gewisse inhaltliche Nähe aufweisen, zusammen und dienen dem Austausch über Forschungsfragen und fachliche Aspekte der Lehre. Dabei kooperieren sie mit dem Aufgabenbereich Forschung (§ 25 Abs. 3 GrO) sowie Lehre (§ 23 Abs. 3 GrO). Die Fachgruppen haben das Recht, Vorschläge an das Präsidium zu richten, das diese binnen vier Wochen zu behandeln hat (§ 20 Abs. 3 GrO). Die Grundordnung sieht weder eine bestimmte Anzahl von Fachgruppen noch eine spezifische Ausrichtung vor, sondern überlässt dies der Entscheidung durch den Senat, der die Struktur zudem alle zwei Jahre bei einer anstehenden Verlängerung überprüft (§ 20 Abs. 4 GrO).

Der Senat kann nach § 16 Abs. 6 GrO Senatsausschüsse zu seiner Unterstützung einsetzen. Es ist dabei auch möglich, die Entscheidungsbefugnisse des Senats auf den Ausschuss zu übertragen. Eine thematische Begrenzung sieht die Grundordnung nicht vor, betont aber, dass Senatsausschüsse insbesondere Querschnittsthemen dienen sollen. Die explizit aufgeführten Beispiele Internationalisierung, Forschung und Arbeitsmarktentwicklung verdeutlichen die

---

<sup>21</sup> Vgl. Rauscher, Anton / Hollerbach, Alexander: Subsidiarität, in: hg. v. d. Görresgesellschaft, Bd. 5, 7. Aufl., Freiburg etc. 1989, Sp. 386-390.

<sup>22</sup> Zudem sollte auch das Prüfungswesen personell in der Studienkommission vertreten sein, da studienorganisatorische Fragen meist eng mit prüfungsrechtlichen und -organisatorischen verknüpft sind.

Koordinationsfunktion der Ausschüsse. Die Senatsausschüsse werden für eine Zeit von maximal zwei Jahren eingesetzt (§ 16 Abs. 6 S. 1 GrO); der Senat prüft bei einer anstehenden Verlängerung (§ 16 Abs. 6 S. 3 GrO), ob der Ausschuss selbst bzw. seine Aufgabenstellung und sein Zuschnitt noch zweckmäßig sind. Die Zusammensetzung der Senatsausschüsse unterliegt allein seiner Entscheidungsgewalt. Er bestellt, sofern erforderlich, auch die Mitglieder und kann sie gegebenenfalls abberufen (§ 16 Abs. 6 S. 3 GrO).

## **5. Berufungsverfahren**

Im Rahmen der Hochschulselbstverwaltung sind insbesondere Neuberufungen ein sensibles Thema, bei dem stets ein Ausgleich zwischen den Belangen der betroffenen Studiengänge und Fachdisziplinen und den Gesamtinteressen der Hochschule anzustreben ist. Mit den §§ 30 und 31 GrO wird eine Verfahren etabliert, das sich zwar an den Regelungen des Art. 18 Bayerisches Hochschulpersonalgesetz (BayHSchPG) orientiert, aber auch deutliche Unterschiede aufweist.

### **5.1 Das Vorverfahren**

Anders als in Art. 18 Abs. 1 BayHSchPG vorgesehen, haben die Fachgruppen und Studiengangsleitungen hinsichtlich der Berufungen ein Initiativrecht (§ 31 Abs. 1 S. 1 GrO). Um frühzeitig die Perspektiven anderer Stakeholder an der EVHN zu berücksichtigen, ist vor Einleitung des formalen Verfahrens eine Abstimmung mit der Präsidentin und anderen Studiengangsleitungen herbeizuführen (§ 31 Abs. 1 S. 2f. GrO). Im Lichte dieser Vorberatungen entscheidet das Präsidium mit der Einsetzung eines Berufungsausschusses über die Einleitung des Berufungsverfahrens (§ 31 Abs. 1 S. 4 GrO).

### **5.2 Der Berufungsausschuss**

Der Berufungsausschuss hat mindestens sieben stimmberechtigte Mitglieder. Dabei entsendet das Präsidium ein Mitglied (§ 30 Abs. 2 Nr. 1 GrO), die betroffene(n) Fachgruppe(n) drei, die wissenschaftlichen Mitarbeiter<sup>23</sup> und die Studierenden zwei Mitglieder (§ 30 Abs. 3 S. 1 GrO). Außerdem gehören dem Berufungsausschuss die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte als nicht stimmberechtigtes Mitglied<sup>24</sup> (§ 30 Abs. 2 Nr. 2 GrO) sowie „externe Mitglieder nach Maßgabe des Hochschulrechts“ an (§ 30 Abs. 3 S. 1 Nr. 4 GrO).

---

<sup>23</sup> Sofern ein entsprechendes Mitglied nicht benannt werden kann, erhöht sich die Zahl der von den Fachgruppen zu benennenden Mitglieder auf vier (§ 30 Abs. 3 S. 2 GrO).

<sup>24</sup> Für die staatlichen Hochschulen sieht Art. 18 Abs. 4 S. 2 BayHSchPG die Stimmberechtigung der Frauenbeauftragten vor.

Unter Berücksichtigung der Sollvorschrift in Art. 18 Abs. 4 S. 3 BayHSchPG ist davon auszugehen, dass der Berufungsausschuss im Regelfall externe Mitglieder hat. Die Entscheidung über diese hinzuzuziehenden Externen trifft der Berufungsausschuss zu Beginn seiner Beratungen (§ 30 Abs. 5 S. 2 GrO). Externe Mitglieder sind stimmberechtigt, sie sind daher bei der Feststellung der Mehrheit der Professoren zu berücksichtigen (§ 30 Abs. 4 S. 1 GrO).

Dem Berufungsausschuss obliegt das Auswahlverfahren: Er beschließt (in Abstimmung mit dem Kanzler) den Ausschreibungstext (§ 31 Abs. 2 GrO), führt das eigentliche Auswahlverfahren durch (§ 7 BerO<sup>25</sup>) und beschließt die Vorschlagsliste (§ 31 Abs. 3 GrO), die mindestens drei Personen umfassen soll (§ 31 Abs. 4 S. 2 GrO).

### 5.3 Der Abschluss des Berufungsverfahrens

Nach § 16 Abs. 5 Nr. 5 GrO nimmt der Senat als Vertreter der Gesamtbelange der EVHN zum Vorschlag des Berufungsausschusses Stellung. Im Sinne einer fruchtbaren Kooperation innerhalb der Hochschule muss er vor einer ablehnenden Stellungnahme dem Berufungsausschuss seinerseits Gelegenheit zur Stellungnahme geben (§ 31 Abs. 4 S. 5 GrO). Wenn der Senat mit seiner Stellungnahme gleichwohl vom Berufungsausschuss abweicht, ist dessen Position mit der eigenen an das Präsidium zu übermitteln (§ 31 Abs. 4 S. 6 GrO).

Das Präsidium beschließt danach über die Vorschlagsliste. Will es von der Stellungnahme des Senats abweichen, ist diesem ebenfalls Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Im Falle einer von Senat abweichenden Entscheidung des Präsidiums ist dessen Position ebenfalls dem Landeskirchenrat zu übermitteln (§ 31 Abs. 5 GrO).

Zwar ist durch § 2 BayBerufV<sup>26</sup> i.V.m. Art. 18 Abs. 10 BayHSchPG das Berufungsrecht bis zum Ende des Studienjahres 2014/15 (§ 3 Abs. 2 BayBerufV) auf die staatlichen Hochschulen übertragen worden, doch sieht Art. 18 Abs. 6 S. 1 BayHSchPG immer noch vor, dass der Minister „ohne Bindung an die Reihung des Berufungsvorschlags“ über die Berufung entscheidet. Dagegen ist im Berufungsverfahren an der EVHN der Landeskirchenrat in der Regel an die Reihenfolge der Vorschläge gebunden und beruft den Erstgenannten (§ 31 Abs. 6 S. 1 GrO). Will der Landeskirchenrat ausnahmsweise von der Reihung abweichen oder die Liste zurückgeben, muss er zunächst noch einmal den Berufungsausschuss zu konsultieren (§ 31 Abs. 6 S. 2 GrO). Auch wenn der Landeskirchenrat letztlich nicht an den Vorschlag gebunden ist (§ 31 Abs. 6

---

<sup>25</sup> Berufsordnung der EVHN.

<sup>26</sup> Verordnung über das Berufungsverfahren.

S. 3 GrO), wird mit dieser Regelung deutlich, dass sich die ELKB gegenüber ihrer Hochschule zur Zurückhaltung verpflichtet und insgesamt eine geringe Eingriffsintensität anstrebt.

## **6. Fazit**

Gelingende Reformen sind multidimensionale Optimierungsprogramme. Angesichts komplexer Gemengelagen sind in Reformprozessen unterschiedliche Ziele und Orientierungen gegeneinander abzuwägen und – so gut als möglich – in Übereinstimmung zu bringen. Damit ist jede Reform eine „Kunst des Möglichen“ und kann nicht alle Bedürfnisse optimal befriedigen, alle Hoffnungen erfüllen und alle Reibungsverluste beseitigen. Ziel muss aber immer sein, insgesamt eine deutliche Verbesserung zu erreichen.

Erreicht die Reform der Grundordnung der EVHN dieses Ziel? Der Praxistest steht zwar noch aus, aber die Ausführungen haben wohl verdeutlicht, dass die Reform eine Organisationsstruktur schafft, die sowohl legitime Beteiligungsinteressen der Stakeholder wie auch Anforderungen an ordnungsgemäßes administratives Handeln berücksichtigt und nicht zuletzt sinnvolle Kooperationsstrukturen etabliert. Insofern erscheint mir die EVHN für die Zukunft gut gerüstet.

Bisher erschienene Beiträge:

1. Brendebach, Christine: Die Bedeutung bürgerschaftlichen Engagements angesichts der demographischen Herausforderungen
2. Sommer-Himmel, Roswitha: Wohin bilden wir unsere Kinder? Eltern und Kita unter Druck – wenn Anforderungen und Erwartungshaltungen kollidieren
3. Kranenpohl, Uwe: Die neue Grundordnung der Evangelischen Hochschule Nürnberg
4. König, Joachim: Nachhaltigkeit in der Sozialen Arbeit – Konzeptionelle, praktische und empirische Implikationen aus pädagogischer Sicht
5. Städtler-Mach, Barbara: Grenzen und Verletzlichkeit im Alter
6. Füglein, Kurt: Hochschule ist anders
7. Schellberg, Klaus: Von der Pionierzeit zur Konsolidierung – ein Abriss der Entwicklung des Sozialmanagements
8. Kaltschmidt, Corinna: Habe Fragen, suche Antworten! Die Geschwisterbeziehung in Familien mit Kindern ohne und mit Behinderung